

R. Mittig und W. Schwanitz

Berlin, 16. 2. 1990

Ministerrat der DDR
Ministerpräsident
Herrn Dr. Modrow

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Informationen, die uns täglich erreichen, erfüllen uns mit wachsender tiefer Sorge und zwingen uns zu diesen Zeilen. Wir möchten keineswegs falsch verstanden werden. Wiederholt haben wir uns über die total verfehlte Sicherheitspolitik der alten "Partei- und Staatsführung" mit allen verhängnisvollen Folgen für die Arbeit des ehemaligen MfS geäußert. Sie war wesentlicher Bestandteil der Politik Stalinscher Prägung und ist mitverantwortlich für die tiefe Krise unseres Landes. Vielen ehrlichen, politisch weitzblickenden und mutigen Menschen ist auf der Grundlage dieser Sicherheitspolitik und der darauf basierenden geltenden Gesetze Unrecht geschehen.

Wir möchten aber an die Gerechtigkeit appellieren, dafür nicht undifferenziert 85.000 Menschen verantwortlich zu machen. Die meisten sind ehrlich wie Millionen in anderen Berufen ihrer Arbeit nachgegangen, haben die Berufung in das ehemalige MfS als Ehre empfunden und nicht zuletzt bei der Aufklärung von schweren Straftaten, der Entlarvung von Spionen, im Kampf gegen Neofaschismus, beim Schutz der Volkswirtschaft, bei der Unterstützung der Außenpolitik, als Paßkontrolleure, im Wachregiment, in rückwärtigen Diensten usw. häufig unter komplizierten Bedingungen ihren Fahneneid und ihre Verpflichtung erfüllt und einen Beitrag zu dem geleistet, was in der DDR bewahrenswert ist. Wir unterstützen diejenigen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, die individuelle Schuld entsprechend dem zum Zeitpunkt der Tat geltenden Recht haben.

Auch viele ehemalige Mitarbeiter des MfS wollen ehrlichen Herzens an der demokratischen Erneuerung unseres Landes mitwirken. Statt diese Bereitschaft zu nutzen, wird der Prozeß ihrer tiefen Verbitterung fast täglich genährt. Welche tragischen, aber auch gefährlichen Folgen das hat und haben kann, ist bekannt.

Wir bitten sie daher dringend, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß gegenüber ehemaligen Mitarbeitern des MfS nach Recht und Gesetz verfahren wird und die Diffamierungen, die zur Emotionalisierung der Probleme führen und gegen die sich die ehemaligen Mitarbeiter des MfS nicht wehren können, zu unterbinden.

Wir sind für die Aufarbeitung der Geschichte des ehemaligen MfS als wichtige Voraussetzung für unumkehrbare Rechtsstaatlichkeit im Denken und Handeln. Das wird jedoch nur bei objektiver und kompetenter Behandlung der damit verbundenen komplizierten Probleme erreicht.

Undifferenzierte Einschätzungen - wie "Überwachung des Volkes", "flächendeckende Kontrolle", "Bespitzelung" usw., ständige neue "Enthüllungen", wie die Meldung über 6 Millionen Akten oder über Probleme im Zusammenhang mit der Auflösung, die nicht Mitarbeitern des ehemaligen MfS angelastet werden können, stellen die ehemaligen Mitarbeiter ins Abseits und bergen die Gefahr in sich, daß auf der Grundlage der so beeinflussten, öffentlichen Meinung Entscheidungen gefällt werden, die rechtlich weder national, noch international haltbar sind.

Da wir keinerlei andere Möglichkeiten haben, den ehemaligen Mitarbeitern des MfS und ihren Familien zu helfen, haben wir uns zu diesem Brief - im Vertrauen auf Ihre Unterstützung - entschlossen.

Hochachtungsvoll

B. ...